

Einbringung des Entwurfs des Kreishaushalts 2019

Landrat Dr. Olaf Gericke

Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,

während sich viele von uns schon auf die bevorstehenden Herbstferien freuen und darauf, dass dabei die Sonne lacht, geht es spätestens danach für Sie verstärkt an die Arbeit – denn heute bekommen Sie mit dem Haushalt eine über 500 Seiten umfassende Lektüre an die Hand. Doch selbst für sehr sonnige Gemüter ist die Arbeit kaum vergnügungssteuerpflichtig. Für Sie als kommunale Mandatsträger ist der Beschluss über den Haushalt das vornehmste Recht. Erlauben Sie mir einen Schnelldurchgang durch das Zahlenwerk.

Selten war die Ausgangslage so gut wie heute: Die Konjunktur brummt und brummt – dank unserer auch international erfolgreichen Betriebe und der guten Arbeit der Beschäftigten. Das sorgt für **weiter steigende Steuereinnahmen**.

In vielen, wenn auch nicht in allen Kommunen ist die Finanzkraft gegenüber dem Vorjahr erneut gestiegen: Plus 23 Mio. Euro (davon 12 Mio. durch höhere Steuerkraft und 11 Mio. € durch Schlüsselzuweisungen). Dadurch erhöht sich die **Umlagegrundlage um 6,1 Prozent auf 398,6 Mio. Euro**

Davon profitieren auch wir als Kreis. Wir wollen die Städte und Gemeinden soweit es geht entlasten, damit sie ihre zahlreichen wichtigen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erfüllen können. Wie schwer das ist – das weiß ich aus eigener Erfahrung aus meiner Zeit als Bürgermeister einer mittleren kreisangehörigen Stadt.

1. Der Haushalt in Zahlen

Das Gesamtvolumen des Etats beträgt laut Entwurf 426 Mio. Euro – das ist nur ein leichter Anstieg (+ 3,7 Mio. € / + 0,9 Prozent) gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr.

Die höchsten Aufwendungen entfallen auf drei Bereiche:

- 1. Der mit Abstand größte Brocken wie üblich: die Transferaufwendungen, also die Sozialleistungen: insgesamt 308 Mio. €** – dabei eingerechnet sind neben dem Jobcenter und dem Jugendamt, dem Bereich Hilfe zur Pflege und

vielen anderen Aufwendungen auch die LWL-Umlage. **Erfreulich ist, dass wir erstmals von einem leichten Minus von ca. 1,6 Mio. € oder 0,5 % bei den Sozialausgaben ausgehen.**

- 2. Das Personalbudget steigt auf 76,1 Mio. € (+ 4,7 Mio. / + 6,5 %)**
- 3. Die Investitionen steigen auf 27,3 Mio. € (+7,8 Mio. € / 28,6 %)**

Der Entwurf für den **Haushalt 2019** ist **betont gemeindefreundlich**. Unser **Vorschlag zur Einbringung des Haushaltes 2019** an Sie heißt:

Wir senken die Kreisumlage um 2,1 Prozentpunkte auf 33,3 %. Das ist der niedrigste Umlagesatz seit Umstellung auf das NKF 2007!

Das führt dazu, dass erstmals seit sieben Jahren der Zahlbetrag für die Städte und Gemeinden insgesamt sinkt – um etwa 237.000 Euro, auch wenn es für einige Kommunen teurer wird. Möglich ist das aber nur, weil wir erneut unserer Ausgleichsrücklage 4,0 Mio. € entnehmen wollen.

Ein Wort zur LWL-Umlage: aktueller Stand ist, dass wir 2019 höchstens den gleichen Zahlbetrag wie für 2018 leisten müssen: 66,7 Mio. €. Das hatten wir im Entwurf optimistisch so eingeplant und vom LWL auch so eingefordert, obwohl zu der Zeit die Forderung im Eckdatenpapier des LWL rund eine halbe Mio. Euro höher war. Der LWL begründet das mit einer **Minderbelastung aus dem ELAG – dem Einheitslastenabrechnungsgesetz.**

Stichwort ELAG: auch wir müssen dafür 2019 weniger beisteuern – statt 2,25 Mio. € werden es nur gut 1,65 Mio. € sein. **Diese Minderbelastung von gut 600.000 € ist im Haushaltsentwurf noch nicht eingepreist. Sie werden im Zuge der Beratungen entscheiden, wie damit umzugehen ist.**

Meines Erachtens haben wir drei Möglichkeiten, mit diesen oder weiteren Verbesserungen umzugehen:

- 1. Im Zuge der Beratungen wird der Umlagesatz und Zahlbetrag weiter gesenkt.**
- 2. Wir schonen unsere sehr schwache Eigenkapitaldecke und entnehmen weniger aus der Ausgleichsrücklage.**

3. Wir finden einen Kompromiss: Weitergabe von Verbesserungen und gleichzeitig Stärkung unseres Eigenkapitals.

Markenzeichen des Kreishaushaltes: Konsolidierung

Unseren **Kurs der Haushaltskonsolidierung** setzen wir fort und bauen weitere 0,5 Mio. € Schulden ab – Schuldenstand sinkt auf 14,8 Mio. €. **Wir stocken unseren Pensionsfonds** um 3,0 Mio. auf und leisten so einen weiteren Beitrag zur Entlastung der jungen Generation.

2. Rekordinvestitionen

In guten Zeiten nutzen wir die Möglichkeit, kräftig in unsere Infrastruktur zu investieren – für bessere Bildungsangebote, für mehr Sicherheit, für den Erhalt unserer Gebäudesubstanz und in unser kulturelles Angebot. **Unsere Investitionen erreichen 2019 mit den eben erwähnten 27,3 Mio. € einen neuen Rekordwert.**

Hier die wichtigsten Projekte und Maßnahmen:

a) Wir treiben Ausbau der Kinderbetreuung weiter voran

Fangen wir beim Thema Investitionen mit unseren Kleinsten an – mit dem Ausbau der Kinderbetreuung. Die Kinderzahlen bei uns im Kreis steigen weiter – u.a. durch eine höhere Geburtenrate (plus 18 Prozent von 2011 bis 2016).

Die Jugendamtsumlage müssen wir 2019 erneut leicht erhöhen – Sie sollte laut Haushaltsplanentwurf von 16,3 auf 16,7 % steigen. Inzwischen haben sich jedoch Verbesserungen im Jugendamtshaushalt ergeben. Erfreulicherweise kann der Anstieg um 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfallen! Diese aktuelle Verbesserung auf 16,5 % – das entspricht insgesamt etwa 400.000 € – ist im Haushaltsplanentwurf jedoch noch nicht berücksichtigt. Die Belastung wird für die Städte und Gemeinden damit kleiner!

Hauptgrund für die höheren Kosten sind die steigenden Kinderzahlen – wie eben erwähnt. Mehr Kinder bei uns im Kreis – das ist ein Grund zur Freude, finde ich!

Gleichzeitig wachsen die Betreuungswünsche der Eltern. Deshalb müssen wir zusätzliche Betreuungsplätze v.a. für die jüngeren Kinder unter drei Jahren an-

bieten. Der KiTa-Ausbau in den zehn Städten und Gemeinden unseres Kreisjugendamtsbezirks schreitet mit aller Kraft voran!

Für alle, die einen Bedarf haben, soll auch in Zukunft ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen! Darauf haben die Familien einen Rechtsanspruch.

250 zusätzliche Plätze (U3 und Ü3) schaffen wir alleine für das kommende Kindergartenjahr 2019/20, über 4 Prozent mehr als jetzt.

Bei Kitaplätzen auf „Nummer sicher“ gehen

Erstmals stellen wir für die Investitionskosten zum Kita-Ausbau einen Kreis-Zuschuss in Höhe von 1,5 Mio. € zur Verfügung. Denn die dem Kreis für Investitionen im Kita-Bereich zur Verfügung gestellten Landes- und Bundesförderungen sind vollständig mit Maßnahmen verplant. **Deshalb springen wir als Kreisjugendamt in die Bresche!**

Wir hoffen auf Nachbesserungen aus Düsseldorf und Berlin. Aber diese werden voraussichtlich nicht ausreichen, um alle notwendigen Kita-Plätze schaffen zu können. Darüber hinaus sind für die folgenden Kitajahre weitere Ausbaumaßnahmen nötig, wie sich bereits jetzt abzeichnet.

Eigentlich muss für den Gesetzgeber folgendes gelten: Wer einen einklagbaren Rechtsanspruch schafft, der muss auch das Geld weiter zur Verfügung stellen. Mal sehen, was da kommt...

In der mittelfristigen Planung sind daher weitere Investitionsmittel in Millionenhöhe zu veranschlagen. Diese sind im Entwurf noch nicht berücksichtigt.

Für über drei Jahre alte Kinder (Ü3) haben wir derzeit 4.673 Plätze, ab Sommer 2019 werden es 4.719 Plätze sein. Für jedes Kind in dieser Altersgruppe gibt es ein Angebot.

Und bei den unter Dreijährigen (U 3) decken wir ebenfalls den Bedarf: 1.688 Kinder – 41,5% der Kleinsten – nutzen aktuell ein Betreuungsangebot (KiTa bzw. Tagespflege) – im nächsten Jahr kommen allein für den U-3-Bereich 204 Kita-Plätze hinzu.

Dadurch steigen die vom Kreis zu tragenden Betriebskosten für Kitas und Tagespflege.

Für den Kreis gilt:

- **Kinderbetreuung wird bei uns groß geschrieben! Im Sinne der Eltern und Kinder, aber auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, worauf die Wirtschaft angewiesen ist.**
- **Wer hier wohnt, weiß das – und diejenigen, die zu uns wollen, achten auf diesen Vorteil!!**
- **Wir achten nicht nur auf die Quantität! Die Qualität kann sich bei uns sehen lassen. Daher sollten wir den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Trägern der Kitas auch einmal „Danke“ für Ihre tolle Arbeit sagen!**

b) Mehr Sicherheit: Erweiterung der Kreisleitstelle

Ich freue mich, dass die Arbeiten für den Neubau der Leitstelle vor einigen Wochen begonnen haben. Die Leitstelle als Herzstück der Gefahrenabwehr im Kreis Waren-dorf entspricht nicht mehr den aktuellen technischen und räumlichen Anforderungen.

Der **zweigeschossige Neubau wird künftig auf 1000 m² Nutzfläche** den Leitstellenbetriebsraum, einen Stabsraum für Großeinsatzlagen und Katastrophen sowie die Technik beherbergen. Mit der Fertigstellung rechnen wir 2020. Die Baukosten betragen 5,5 Mio. €, davon entfallen allein 1,3 Mio. € auf die Leitstellentechnik. Die bisherigen Räume werden als Büro-, Aufenthalts- und Sanitärräume weitergenutzt. Zudem wird hier der Notarzt untergebracht.

c) Wir sanieren das Kreishaus und sichern Substanz

Auch vor unserem Kreishaus, das wir 1982 bezogen haben, macht der Zahn der Zeit nicht halt. Deshalb setzen wir über mehrere Jahre ein Sanierungskonzept um. Es umfasst u.a. diese Maßnahmen:

- **Die Lüftungsanlagen werden ausgetauscht (1,6 Mio. €)**
- **Die zentrale Gebäudeleittechnik zur energieeffizienten Regelung von Heizung, Lüftung, Beleuchtung etc. muss für 250.000 € erneuert werden.**

- **Fassade:** Nachdem 2017 die Dachflächen des Kreishauses saniert wurden und eine großflächige Photovoltaik-Anlage installiert wurde, steht nun die energetische Sanierung der Gebäudehülle im Fokus. 3.600 m² Fensterflächen erhalten eine hochgedämmte Verglasung.

d) **Berufskolleg Warendorf u. Astrid-Lindgren-Schule**

Die größte Maßnahme aus dem Programm „Gute Schule 2020“ ist die Erweiterung des Paul-Spiegel-Berufskollegs in Warendorf. Das BK Warendorf räumt die Nebenstelle an der Düsternstraße. Die frei werdenden Flächen nutzt die Astrid-Lindgren Schule (Förderschule) künftig.

Im Gegenzug erhält das BK Warendorf einen Erweiterungsbau am Hauptstandort Von-Ketteler-Straße. Dort entstehen neue Klassen- und Fachräume sowie ein Selbstlernzentrum. Es soll den Schülern v.a. Raum für forschende Aktivitäten geben. Der Neubau sowie der Zugang zu den bestehenden Gebäuden sollen barrierefrei gestaltet werden.

Der Entwurf steht, das Projekt ist auf einem guten Weg. Baubeginn wird im kommenden Jahr sein. **Das 3,8 Mio. € -Projekt soll 2020 fertig sein.**

e) **Jobcenter-Neubau Beckum: Bessere Bedingungen**

Die Präsenz unseres Jobcenters in den Städten und Gemeinden ist von großer Bedeutung. Für die wichtige **Anlaufstelle in Beckum wollen wir einen Neubau für 3,2 Mio. € errichten.** Standort ist ein Kreisgrundstück am Dalmerweg, eine kleine Teilfläche des benachbarten Berufskollegs. Die derzeit an der Alleestraße angemieteten Räume sind in einem schlechten Zustand, eine Barrierefreiheit ist nicht gegeben. Sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für unsere 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird sich die Situation in der neuen Anlaufstelle deutlich verbessern. Die ebenfalls an der Alleestraße, aber in einem anderen Mietobjekt untergebrachte Nebenstelle des Gesundheitsamtes soll in den Neubau integriert werden. Der Bebauungsplan muss für den Neubau angepasst werden. Die Offenlegung ist bereits abgeschlossen. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat der Änderung noch im diesem Jahr zustimmen kann.

f) Gigabitnetz statt veraltetes Vectoring: Breitbandausbau

Weg vom veralteten Vectoring hin zu einem reinen Glasfasernetz mit einer 100-Prozent-Abdeckung im bislang unterversorgten Außenbereich: Dafür haben wir bekanntlich grünes Licht vom Bund bekommen – wir waren Ende August der erste deutsche Kreis, der einen entsprechenden Änderungsbescheid aus Berlin erhalten hat. Derzeit gehen wir von 120 Mio. Euro aus, die der Bund (50 %), das Land (40 %) sowie Kreis und Kommunen in den nächsten Jahren übernehmen, um Glasfaser bis in die Gebäude im Außenbereich sowie in schlecht versorgte Gewerbegebiete und Schulen zu bringen.

Bürgerinnen und Bürger und vor allem Betriebe werden von schnelleren Anschlüssen profitieren. Der gemeinschaftliche Einsatz von Politik, Bürgermeistern, Verwaltungen und Unternehmen hat sich gelohnt! Vielen Dank allen aktiv Beteiligten, auch unserer gfw, dafür!

Wie geht es jetzt weiter? Eine europaweite Ausschreibung wird durchgeführt, sobald die Zusage des Landes vorliegt. Ziel ist es, 2019 mit dem Ausbau zu beginnen.

g) Museum Abtei Liesborn stellt Abteigeschichte und Evangeliar in den Mittelpunkt

Das Kulturangebot im Kreis wächst und gedeiht – es ist ein weicher, aber ein wichtiger Standortfaktor. Deshalb investieren wir weiter in unsere Einrichtungen.

Nachdem wir bereits in diesem Jahr die Dauerausstellung unseres Museums für Westfälische Literatur auf dem Kulturgut Nottbeck für 300.000 € auf den neuesten Stand gebracht haben, steht nun das Museum Abtei Liesborn im Mittelpunkt.

Das Liesborner Evangeliar, das wir dank zahlreicher Förderer kaufen konnten, haben wir an einem Tag Ende August 2017 in der Abteikirche erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Die Resonanz war überwältigend. Doch wie wollen wir das etwa 1000 Jahre alte Werk dauerhaft ausstellen? Die Vorgabe war klar: Neben dem Evangeliar soll die Geschichte der Benediktinerabtei Liesborn im Mittelpunkt stehen – auch als klares Bekenntnis zu unseren christlichen Wurzeln und Werten. Die Museumsleitung, unsere für Kultur und Hochbau zuständigen Ämter sowie das Planungsbüro DBCO

aus Münster haben sich jetzt auf einen Fahrplan verständigt: Wir schlagen vor, den Umbau aus zeitlichen und finanziellen Gründen in zwei Abschnitte aufzuteilen:

- **Im ersten Schritt gestalten wird den Evangeliar-Raum** und das Gartengeschosses im Nordflügel neu, wobei dort ein barrierefreier Eingang entstehen soll. So bleibt der prächtige historische Haupteingang erhalten. Gleichzeitig können wir die marode Treppenanlage im Nordflügel im Zuge der förderfähigen Gesamtmaßnahme erneuern. **Etwa 1,8 Mio. € sind hierfür vorgesehen. Unser Eigenanteil liegt natürlich darunter!**
- **Im zweiten Abschnitt sollen für die neue Dauerausstellung zur Abteigeschichte** räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die exakten Fördermöglichkeiten werden derzeit gemeinsam mit dem LWL-Museumsamt abgeklopft. Durch die Aufteilung in zwei Abschnitte ergibt sich der Vorteil, dass Förderobergrenzen nicht überschritten werden. **Für inklusive Maßnahmen gelten zudem höhere Fördersätze von bis zu 70 %! Diese Chance einer sehr hohen Förderung sollten wir unbedingt nutzen.**

Im November werden wir detailliert im Schul-, Kultur- und Sportausschuss über die Planung berichten. Ein Baubeschluss soll Anfang 2019 in einer Sondersitzung gefasst werden.

h) Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur: Über 10 Mio. Euro für Kreisstraßen und –radwegebau

Für den Bau und die Unterhaltung von **Kreisstraßen, -brücken und -radwegen veranschlagen wir über 10 Mio. €**. Dabei helfen uns kräftige Zuwendungen aus dem so genannten GVFG.

Wir investieren das Geld in **Sanierungsmaßnahmen und Radwege an mehreren Kreisstraßen** sowie in einen neuen, mit Ampelanlage gesicherten **Bahnübergang (BÜSTRA) in Telgte an der K 50**, der mehrere ungesicherte Bahnübergänge ersetzt – ein wichtiger Beitrag zur Beschleunigung des Bahnverkehrs auf der Strecke MS-Rheda.

3. Stellenplan. Mehr Arbeit, aber Personalzuwachs gebremst

Zum Stellenplan: wir schlagen eine **Netto-Steigerung von 10,5 Planstellen** vor. Damit fahren wir die Ausweitungen der letzten Jahre deutlich zurück. 23 neuen Stellen stehen 12,5 gegenüber, die wir einsparen können. Damit liegen wir im Vergleich zu den anderen Münsterland-Kreisen, insbesondere zur Stadt Münster (plus 216 Stellen) am unteren Ende.

Gründe für zusätzlichen Stellenbedarf sind:

- **Gesetzgeber sorgen für weiteren Aufgabenzuwachs.** Die Regelungsflut nimmt weiter zu.
- **Fallzahlen steigen in vielen Bereichen,** z.B. bei der Verkehrsüberwachung. Die hohe Anzahl an gemessenen Geschwindigkeitsüberschreitungen wirkt sich zwar finanziell positiv aus, macht aber personelle Aufstockungen nötig, um Fristen für Bußgeldbescheide einzuhalten.

Wirtschaftlichkeitskontrollen unserer Organisationsabteilung zeigen aber auch, wo wir Stellen abbauen können – **im Jobcenter** mussten wegen der guten wirtschaftlichen Situation **8,5 Stellen** nicht besetzt werden und können für 2019 aus dem Plan gestrichen werden.

Zudem ist es in einigen Arbeitsbereichen gelungen, Verwaltungsabläufe zu optimieren. Hierdurch konnten weitere 4,0 Stellen eingespart werden.

Ebenso erfreulich: 40,6 % unserer Stellen sind teilweise bis vollständig drittfinanziert – das ist noch einmal mehr als vor einem Jahr!

Meine Damen und Herren,

mit dem jetzt vorgelegten Stellenplan halten wir Wort. Nach deutlichen Personalzuwachsen in den letzten beiden Jahren liegen wir mit 10,5 neuen Stellen wieder im sehr moderaten Bereich. Dort, wo es zwingend erforderlich ist, um den Dienstbetrieb ordnungsgemäß gestalten zu können, bitten wir Sie aber um Genehmigung der neuen Stellen.

4. Kampf um die besten Köpfe für den Kreis

Gleichzeitig machen wir uns intensiv Gedanken um das Personal für die Zukunft. Denn bis 2030 wird nahezu die Hälfte unserer Beschäftigten ausscheiden. Im Wett-

bewerb um die besten Köpfe müssen wir uns verstärkt als attraktiver Arbeitgeber positionieren.

Ein wichtiger Baustein in unserem Personalentwicklungskonzept, das wir im Frühjahr vorgestellt haben, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir freuen uns deshalb, dass aus den Fraktionen Vorschläge kommen, wie wir dabei noch einen Schritt weitergehen können: indem wir eine Betreuungseinrichtung für bis zu 20 Kinder unter drei Jahren direkt am Kreishaus anbieten. Beim Kreis beschäftigte Eltern können ihre Kleinen dann sicher und arbeitsplatznah betreuen lassen. Das ist ein **Pluspunkt im Kampf um die besten Köpfe** und eine **Entscheidung für eine familienbewusste und nachhaltige Personalpolitik.** Wenn Sie grünes Licht geben, werden wir eine Realisierbarkeit abklopfen und Ihnen zur Entscheidung vorlegen.

5. Bestmögliche Förderung für Kinder u. Wahlfreiheit

Im Sommer 2017 hat die neue Landesregierung in NRW erklärt, dass sie Förderschulen erhalten bzw. weitere Schließungen vermeiden möchte.

Vor einem Jahr habe ich hier berichtet, dass wir das Land beim Wort nehmen und Fehlentwicklungen durch die schulische Inklusion korrigieren wollen. Wir möchten das Wahlrecht der Eltern von Kindern mit besonderem Förderbedarf erhalten bzw. da, wo es sinnvoll ist, wieder eine Alternative zur inklusiven Beschulung schaffen. Wie erwähnt geht es uns nicht um eine Rolle rückwärts bei der Inklusion, sondern darum, das Schulangebot so zu entwickeln, dass jedes Kind die bestmögliche Förderung erhält.

Für den Bereich „Lernen“ gibt es derzeit nur noch die Overbergschule in Beckum in städtischer Trägerschaft. **Für Kinder mit dem Förderbedarf „Emotionale und soziale Entwicklung“ gibt es das Regelbogenschulhaus in Ahlen**, ein Teilstandort der Astrid-Lindgren-Schule Lüdinghausen (Kreis Coesfeld). In Trägerschaft des Kreises Warendorf befindet sich noch die **Astrid-Lindgren-Schule in Warendorf mit dem Förderschwerpunkt „Sprache“**.

Unser Förderschulkonzept haben wir nach Gesprächen mit Bürgermeistern, Eltern, Lehrern und Schulaufsicht erarbeitet. Eindeutig festgestellt wurde dabei ein Ausbaubedarf für die Förderschwerpunkte „Lernen“ sowie „Emotionale und sozia-

le Entwicklung“. Der Ausbau ist aber nur dann sinnvoll, wenn Angebote in zumutbarer Entfernung erreichbar sind. **Unser Konzept sieht so aus:**

Förderschwerpunkte Sprache und Lernen: Die Astrid-Lindgren-Schule – Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache – wird am Standort Warendorf um den Förderschwerpunkt Lernen erweitert – sie wird künftig eine Verbundschule für Sprache und Lernen. Sie erhält einen Teilstandort in Beckum, in den die Overbergschule überführt wird. Träger wird der Kreis. Den Bereich „Sprache“ besuchen jeweils Schülerinnen und Schüler nur im Grundschulalter, der Bereich Lernen umfasst auch die Sekundarstufe I.

Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung: Vorgesehen ist die Einrichtung eines „Schulischen Lernortes“ mit Teilstandorten in Ahlen und Warendorf.

Unser Förderschulkonzept ist überall auf sehr positive Resonanz gestoßen – v.a. dass in den erwähnten Schulischen Lernorten in Ahlen und Warendorf nur Kinder und Jugendliche mit einem besonders umfassenden sonderpädagogischen Förderbedarf aufgenommen und alle anderen Kinder mit Förderbedarf im Bereich Emotionale und soziale Entwicklung Regelschulen besuchen sollen.

6. Weniger Bedarfsgemeinschaften im Jobcenter

unser Jobcenter hat mit knapp 130 Mio. € das größte Budget in unserem Haushalt. Für **2019 rechnen wir** im Vergleich zum Ansatz für dieses Jahr – der wegen der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung wie wir wissen viel zu hoch war – mit **einer Entlastung von rund 2,7 Mio. €.**

Das liegt v.a. daran, dass wir für 2019 von nur noch 8000 Bedarfsgemeinschaften im Jahresdurchschnitt ausgehen.

Das sind 1.000 weniger als im vergangenen Jahr prognostiziert und noch einmal etwa 300 weniger als die Prognose für 2018.

Ich möchte aber nicht verhehlen, dass unser Ansatz äußerst ambitioniert ist. Zwar hoffen wir für 2019 auf eine weiterhin gute Konjunktur. Aber natürlich sind bei uns mittlerweile immer mehr Leistungsberechtigte im Bezug, die wir in den vergangenen Jahren trotz guter Wirtschaftslage nicht in den Arbeitsmarkt integrieren konnten. Oft

geht es um Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnisse und einer großen Arbeitsmarktferne. Doch auch diese sogenannte Sockel-Arbeitslosigkeit wollen wir nicht akzeptieren, sondern nach Kräften reduzieren.

Eine weitere Chance bietet dabei der für die zweite Jahreshälfte erwartete **Amazon-Start in Oelde**. Nach Gesprächen mit Jobcentern an anderen Amazon-Standorten halten wir dadurch schon Ende 2019 etwa 200 zusätzliche Integrationen allein für unser Jobcenter für realistisch.

Lässt man die Leistungsberechtigten mit Fluchtkontext außen vor, dann wird es 2019 im Jahresdurchschnitt etwa 6.700 Bedarfsgemeinschaften geben – der niedrigste Wert, seit wir die SGB II-Aufgaben 2012 in Eigenregie übernommen haben!

7. Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Wir haben derzeit etwa 1.600 Flüchtlings-Bedarfsgemeinschaften und gehen davon aus, dass sich ihre Zahl 2019 um etwa 120 verringern wird.

Die Integration geflüchteter Menschen in unseren Arbeitsmarkt erweist sich oft als äußerst **mühsam**. Wir bemühen uns um eine möglichst nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Allerdings sind schnelle Erfolge hier die absolute Ausnahme. Und auch langfristige Maßnahmen führen nicht immer zum Ziel. Allein Sprachkurse dauern zwei bis drei Jahre oder länger, gleiches gilt für eine berufliche Qualifizierung.

Und nicht jeder Mensch – egal, ob Flüchtling oder nicht – ist als Erwachsener noch zu einem längeren Bildungsprozess bereit bzw. dafür geeignet. Zudem gibt es manchmal die Notwendigkeit, schnell Geld für die Angehörigen daheim zu verdienen. Wenn wir eine fehlende Leistungsbereitschaft oder -fähigkeit feststellen, **forcieren wir verstärkt** die sofortige Integration in den Arbeitsmarkt – auch in Helfertätigkeiten. Das wirkt sich positiv auf unsere Zahlen aus: Bis August dieses Jahres gab es bereits gut 300 Integrationen – genauso viele wie im gesamten Jahr 2017. Dieser Trend kann sich 2019 fortsetzen.

Allerdings muss uns klar sein: Eine Arbeit als unqualifizierter Helfer reicht in der Regel nur bei so genannten Single-Bedarfsgemeinschaften, um den Leistungsbezug zu beenden. Bei Familien ist das meistens nicht der Fall. Und auch für spätere Rentenbezüge ergibt sich keine erfreuliche Perspektive.

Sie sehen: die nachhaltige Integration ist der bessere Weg, der Vorrang haben sollte, wenn ausreichend Aussicht auf Erfolg besteht.

8. Freiwillige Rückkehr und Abschiebungen

Seit Dezember vergangenen Jahres fördern wir die freiwillige Rückkehr in sichere Herkunftsstaaten durch ein Kreisprogramm. **53 Personen haben davon bislang Gebrauch gemacht.** Von den 80.000 € aus dem Programm wurden bisher etwa 46.000 € abgerufen. Die Kommunen im Kreis werden so jeden Monat um 22.500 € entlastet. Denn für nicht anerkannte Asylbewerber müssen nach drei Monaten die Städte und Gemeinden aufkommen. Ich rechne fest damit, dass weitere Familien und Einzelpersonen von unserer Rückkehrhilfe Gebrauch machen wollen. Das Programm ist jetzt schon sehr erfolgreich. Und selbst wenn später festgestellt würde, dass es „unzulässige Rückkehrer gäbe – das Gesamtergebnis zählt und ist sehr positiv.

Diejenigen, die nicht bereit sind freiwillig auszureisen, müssen auch künftig zwangsweise zurückgeführt werden. Die notwendigen Abschiebungen sind jedoch immer schwerer umzusetzen. Die Personen, die abgeschoben werden müssen, sind angesichts ihrer schwierigen Zukunftsperspektiven im Heimatland bei Abschiebungen zunehmend zu Gewaltanwendung bereit – auch gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Ausländerbehörde. Aus Sicherheitsgründen müssen wir daher den personellen Aufwand für Abschiebungen hochfahren. Auch die Anwesenheit von Polizeibeamten beeindruckt die Betroffenen oft nicht mehr, hier ist eine deutliche Veränderung zu früheren Zeiten festzustellen.

Am Montag habe ich das Gespräch mit Kollegen der Ausländerbehörde geführt, die einen Messerangriff erleben mussten. Das macht uns im Kreishaus fassungslos! Frau Schreier und ich haben jedwede Form weiterer Qualifizierung und Schutzausstattung zugesichert.

Durch die Einrichtung der Zentralen Ausländerbehörde in Coesfeld für den Regierungsbezirk, zu deren Aufgaben auch die Unterstützung der örtlichen Ausländerbehörden bei Abschiebungen gehören soll, erwarten wir eine Entlastung. Ich werde mich unabhängig davon weiter dafür einsetzen, dass alle Abschiebungen direkt durch das Land erfolgen.

9. Bund und Land in die Pflicht nehmen

Als **kommunale Familie** müssen wir wachsam bleiben und unsere **Forderungen an Bund und Land gemeinsam vertreten.**

Insbesondere setzen wir uns für eine Grundgesetzänderung zur Bundesförderung ein, die das Land NRW in den Bundesrat eingebracht hat. Die Begrenzung der Bundesförderung soll von 50 % auf 75 % angehoben werden, um eine sogenannte Bundesauftragsverwaltung bei den flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft zu vermeiden.

Ohne diese Änderung würden die Mittel oberhalb der 50 %-Grenze nicht mehr aufgrund der tatsächlichen Kosten der Unterkunft, sondern über die Umsatzsteueranteile verteilt. Damit wären die wirtschaftsstarken süddeutschen Länder im Vorteil.

Die Änderung würde dagegen dazu führen, die besonders betroffenen Länder zu entlasten. **Ich appelliere an unsere Bundestagsabgeordneten, sich für dieses Vorhaben zum Wohle der Kommunen in NRW stark zu machen!** Für eine Grundgesetzänderung ist bekanntlich eine 2/3-Mehrheit in Bundestag und -rat erforderlich. Wir haben die Abgeordneten zusammen mit den Bürgermeistern angeschrieben.

Generell fordere ich, dass der Bund auch über das Jahr 2019 hinaus die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung übernimmt. Die zur Verfügung stehenden Beträge müssen dynamisiert werden! Sie basieren auf veralteten Berechnungen.

Auch das Land muss sich bei der Übernahme der Kosten nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz bewegen. Für Unterbringung und Versorgung reicht die bisherige Pauschale von 866 Euro pro Flüchtling nicht aus. Eine stetige Anpassung ist erforderlich – die Kommunen benötigen Planungssicherheit!

Sie wissen, dass wir bereits 2017 die Landtagsabgeordneten angeschrieben haben und auf das Problem der Finanzierung abgelehnter Asylbewerber durch die Kommunen nach dem dritten Monat der Duldung hingewiesen haben – **im Kreis Warendorf sind das etwa 650 Personen. Eine vierköpfige ausreisepflichtige Familie kostet die Städte und Gemeinden im Jahr ca. 30.000 Euro. Diese Regelung versteht kein Bürger!**

Das Land muss zudem die Kosten für Flüchtlinge für den gesamten Zeitraum übernehmen, in dem sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen!

Das Gleiche gilt für die **Integrationspauschale des Bundes von 434 Mio. Euro**. Wir wollen, dass die Kreise hieran auskömmlich beteiligt werden. Dafür werde ich mich auf Landesebene einsetzen!

Der **Asylstufenplan des Landes** ist ein Schritt in die richtige Richtung. **Wir erwarten, dass er zügig umgesetzt wird!** Er beinhaltet viele alte Forderungen der Kommunen, z.B. dass nur noch anerkannter Flüchtlinge und Menschen mit guter Bleibeperspektive zugewiesen werden. **Das erleichtert es uns, die Menschen vor Ort zu integrieren.**

10. Sicherheit im Fokus: Rettungsdienst verbessern

Neben dem erwähnten Neubau der Leitstelle haben wir an weiteren Verbesserungen für den Rettungsdienst gearbeitet. Der 2017 geänderte Rettungsdienstbedarfsplan, den wir heute erneut anpassen, hat bereits jetzt für zahlreiche Verbesserungen gesorgt.

Aktualisiert haben wir bekanntlich den Bereich Beelen. Die bisherige Interims-Rettungswache dort wird in Abstimmung mit den Krankenkassen und dem Kreis Gütersloh zukünftig als Tages-Rettungswache etabliert.

Insgesamt wird die **Versorgung im Bereich Beelen und Clarholz deutlich verbessert**, weil der Kreis Gütersloh in Clarholz eine neue Wache baut, die Beelen mitversorgt. Bislang wurden der Ort im Nachbarkreis umgekehrt von Beelen aus mitversorgt.

Auch und gerade beim Rettungsdienst kommen wir mit Kirchturmdenken nicht weiter! Die Welt hört nun einmal nicht an Kreisgrenzen auf, Kooperationen mit den Nachbarn sind deshalb für uns selbstverständlich!

Zu mehr Qualität im Rettungsdienst tragen zudem moderne Fahrzeuge bei. 2019 sollen der RTW Drensteinfurt und der KTW Telgte gegen Neufahrzeuge ausgetauscht werden.

11. Kreis ist für Kommunen da: Bauaufsicht Warendorf

Die interkommunale Zusammenarbeit möchten wir gerne soweit wie möglich ausbauen – über unsere bekannten Kooperationen bei den Bauhöfen von Stadt und Kreis in Warendorf und Beckum bis hin zur Servicestelle Personal sind wir offen für weitere gemeinsame Projekte – zum Beispiel in den Bereichen IT und Datenschutz.

Wir sind für die Kommunen da, wenn wir gebraucht werden – auch über unsere reguläres Leistungsspektrum hinaus. So haben wir bekanntlich für die Stadt Warendorf Ende Juli vorübergehend die Bauaufsicht übernommen.

Mit Interesse habe ich einige Aussagen zu unserem Bauamt in der vergangenen Woche in der Presse gelesen.

Anlass für die Mitteilung war die Frage, ob die Stadt Warendorf uns bittet, die Aufgabe der Bauaufsicht dauerhaft zu übernehmen. Bekanntlich sind wir in einer personellen Notsituation auf Anfrage der Stadt Ende Juli vorübergehend eingesprungen. Wir haben eine Vereinbarung getroffen, dass wir diese wichtige Aufgabe bis Januar zusätzlich wahrnehmen.

Und das sind die Fakten:

1. Wir sind im Bauamt mit ausreichend Personal ausgestattet. Daran arbeiten wir seit Jahren, indem wir z.B. notwendige Stellen geschaffen haben und kontinuierlich selbst ausbilden. Mit der Ausbildung stellen wir sicher, dass freie Stellen auch qualifiziert nachbesetzt werden können. Das gelingt uns nun schon seit einigen Jahren immer wieder.

Vorübergehend ist es uns möglich, für die Stadt Warendorf in der erwähnten Krisensituation die Bauaufsicht zu übernehmen, weil wir v.a. die Arbeit auf viele Schultern verteilen und durch Synergien sowie mit der Erfahrung der Mitarbeiter, Ablauforganisation und vorhandener Fachsoftware einen Teil des Mehraufwandes vorübergehend abfedern können.

Falls sich die Stadt Warendorf dafür entscheiden sollte, dass wir die Bauaufsicht über Januar 2019 hinaus dauerhaft übernehmen sollen werden wir zusätzliches Personal einstellen und Abläufe bzw. Strukturen anpassen. **Zumal uns ab**

2019 die neue Bauordnung NRW in der Umstellungszeit zusätzlich fordern wird.

2. Für 9 Städte und Gemeinden im Kreis sind wir regulär bereits Bauaufsicht. Das ist völlig normal – und dadurch ergeben sich keine Interessenkonflikte. Als Bauaufsichtsbehörde sind wir immer an das geltende Recht gebunden. Zudem ist die Bezirksregierung Fachaufsicht – d.h. „übergeordnete Behörde“. Das gilt derzeit auch für Bauanträge, die für die Stadt Warendorf bearbeitet werden. Auch dies wurde mit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung geregelt. Interessenkonflikte gibt es somit nicht.

Nach den ersten beiden Monaten als Bauaufsicht für die Stadt Warendorf kann unser Bauamt eine positive Zwischenbilanz ziehen:

- **Fast 30 Baugenehmigungen erteilt – hinzukommen** u.a. Bauzustandsbesichtigungen, Teilungen, ordnungsbehördliche Verfahren.
- **gut 40 neue Anträge aus Warendorf in dieser Zeit eingegangen**
- **Hinzu kommen 75 Anträge, die noch bei der Stadt eingereicht wurden** und die wir bisher in die Bearbeitung genommen haben
- **Rund 45 bereits bei der Stadt gestellte Anträge müssen noch bearbeitet werden** – das erfolgt schrittweise in Paketen. So behalten wir den Überblick und können die übernommenen Verfahren zügig bearbeiten.

12. Digitalisierung: Wir machen uns auf den Weg

Das Modellprojekt „digitales Bauamt“ ist ein wichtiges Element in der Digitalisierungsstrategie des Kreises. Das Modellprojekt „digitales Bauamt“ wurde Anfang 2018 vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW initiiert. Der Digitalisierungsstand in den beteiligten sechs Modellkommunen, darunter vier Kommunen und mit Gütersloh ein weiterer Kreis, ist sehr unterschiedlich. Ein Projektsteuerer wird die Umsetzungsstände in den Modellkommunen analysieren und Handlungsempfehlungen erstellen. Unser Ziel ist es, bis 2021 Baugenehmigungsverfahren digital durchzuführen.

Digitale Verfahren bieten Vorteile in allen Bereichen der Kreisverwaltung. Bereits der Wegfall der Postwege kann die Bearbeitungszeit für Anträge spürbar verkürzen. Unsere Digitalisierungsstrategie, die Sie im Juli beschlossen haben, zeigt die

Möglichkeiten auf. Den dafür notwendigen Prozess wollen wir konsequent, aber mit Augenmaß umsetzen und die technische Infrastruktur anzupassen.

Den Digitalisierungsprozess sehen wir als Chance für größere Effizienz und Bürgerfreundlichkeit – zumal insbesondere die Nutzung von Computern und mobilen Geräten rasant voranschreitet.

13. Wir gestalten Zukunft hier

Sehr geehrte Kreistagsmitglieder,

Vor fast genau fünf Jahren haben Sie unser **Kreisentwicklungsprogramm WAF2030** einstimmig beschlossen. Zahlreiche Projekte in unserem handlungsorientierten Programm haben wir umgesetzt oder auf die Spur gebracht. Der Kreisausschuss hat letzte Woche der Fortschreibung als „**WAF2030plus**“ **zugestimmt**. Es soll aktuelle Entwicklungen aufgreifen, die Ziele anpassen und neue Projekte entwickeln.

WAF2030plus soll ein Jahr dauern. Die Fortschreibung wird sich am bewährten Aufbau unter der Leitung von Dr. Arndt (Prognos AG) mit den bisherigen vier Zukunftsthemen orientieren:

- **Wirtschaft & Arbeit**
- **Bildung & Wissenschaft**
- **Familienfreundlichkeit & Lebensqualität**
- **Klimaschutz & Umwelt**

Auch aktuelle Themen wie E-Mobilität – vor sechs Tagen fand erstmals bei uns am Kreishaus ein Tag der Elektromobilität mit vielen Besuchern statt – und andere **alternative Antriebsformen sowie die Weiterentwicklung des ÖPNV** durch den neuen Nahverkehrsplan und die **Wiedereröffnung der WLE Strecke** (nächstes Jahr beginnen wir mit der Planfeststellung, **die B 64 n sowie ortskernentlastende Umgehungen und schnelle Radrouten** („Velorouten“) werden eine Rolle spielen. Eine umfangreiche Bürgerbeteiligung – unter anderem über die bekannte Plattform www.waf2030.de – die Einbeziehung der Kommunen sowie Zukunftsdialoge sind erneut vorgesehen.

Für das **Kreismarketingkonzept** sollen mit **WAF2030plus** die **Grundlagen für die zukünftige Kampagne** geschaffen werden – in Abstimmung mit dem derzeit laufenden Prozess für die Dachmarke Münsterland. **Wir wollen uns noch besser darstellen – wobei hier schon sehr gute Arbeit geleistet wird – denken Sie an den Münsterland-Giro!**

Das Radrennen am 3.10. hat sich als Top-Veranstaltung etabliert. Es wurde erstmals live vom WDR übertragen. **Das Münsterland wird durch die Berichterstattung und von Tausenden Teilnehmern und Zuschauern bundesweit positiv wahrgenommen, jeder Cent den die Kreise und die Stadt MS dafür ausgeben ist gut investiert!**

Meine Damen und Herren,

Da Haushaltsreden ja auch immer den Anlass für grundsätzliche politische Einschätzungen und Bewertungen sind: Erlauben Sie mir noch eine allgemeine Bemerkung: Wir lesen und hören es jeden Tag in den Medien: **Diesel-Desaster hier, Flüchtlingskrise dort, Pflegenotstand und Wohnungsnot: Solche Schlagzeilen dominieren derzeit.** Und natürlich gibt es diese Probleme.

Doch bei aller berechtigten Kritik dürfen wir nicht vergessen, dass vieles bei uns wie selbstverständlich funktioniert – und dass es der Mehrzahl der Menschen bei uns noch nie so gut ging wie heute. Die Konjunktur brummt und brummt, die Arbeitslosenquote sinkt bundesweit von einem aufs nächste Rekordtief. Erinnern wir uns daran, wie es Anfang der 2000er-Jahre war: Jeder einzelne neue Arbeitsplatz wurde bejubelt, ein bekannter Slogan lautete „Sozial ist, was Arbeit schafft. Und heute haben wir eine rasante Entwicklung hinter uns – so ist die Arbeitslosenquote im Kreis Warendorf im September auf das Rekordtief von 4,7 Prozent gesunken.

Doch ist für viele das Glas immer halb leer statt halb voll. An dieser Stelle sind auch wir als politische Vertreter gefordert, miteinander die Erfolge und vielen guten Seiten unseres Gemeinwesens hochzuhalten, zu stärken und zu verteidigen – Wir dürfen nicht den Miesmachern und Extremisten von rechts und von links auf den Leim gehen oder ihnen gar das Feld überlassen.

Gleichzeitig müssen wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen – das gilt gerade in den zentralen Bereichen Sicherheit, Zuwanderung und Pflege. Unser **Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat das in seiner Rede zum Tag der deutschen Einheit vor wenigen Tagen sehr gut auf den Punkt gebracht, ich zitiere:**

„Politik muss komplizierte Zusammenhänge verständlich machen – ohne einfache Lösungen vorzugeben, wo es keine gibt. Und sie muss der Versuchung zu bloßen Symboldebatten widerstehen. Sie werden der Fülle an Fragen nicht gerecht, die uns auch umtreiben: Wie sichern wir die Rente in einer alternden Gesellschaft? Wo finde ich noch eine bezahlbare Wohnung? Wer pflegt heute die Angehörigen und zukünftig auch mich selbst? Welche Chancen haben meine Kinder und Enkel in der digitalisierten Welt?“

Dem kann ich mich nur anschließen. Und deswegen müssen wir auf Kreisebene für alle Gruppen der Gesellschaft tun was uns möglich ist!

Es gibt auch bei uns also nicht nur eitel Sonnenschein. Zumal uns keiner garantiert, dass die Rahmenbedingungen so günstig bleiben. Ziehen am Konjunkturhimmel vielleicht doch dunkle Wolken auf? Kommen durch die zahlreichen Krisenherde auf der Welt wieder mehr Flüchtlinge? Das kann schneller passieren als wir heute ahnen – und wir würden es sofort spüren – zum Beispiel durch wieder steigende Zahlen bei den Bedarfsgemeinschaften im Jobcenter.

Trotzdem gilt:

Der Kreis ist gut aufgestellt und die Kreispolitik hat fraktionsübergreifend wichtige Weichenstellungen vorgenommen: Schuldenabbau, eine präventive Jugend- und Sozialpolitik, Investitionen in unsere Schulen, moderner Nahverkehr, effektive Gefahrenabwehr, Umweltschutz, Kulturförderung und Integration. Dies sei nur als ein kleiner Querschnitt unserer Aufgaben erwähnt. Und das alles mit großen Mehrheiten und in sachlicher Form diskutiert. In „Zeiten wie diesen“ ein großer Gewinn für unsere Demokratie vor Ort! Deshalb von mir für die Zusammenarbeit mit Ihnen als Kreistagsmitgliedern ein herzliches Dankeschön!

Auf gute Beratungen des Kreishaushaltes!

Dass wir mit unserem Entwurf für den Kreishaushalt 2019 auf dem richtigen Weg sind, zeigen Reaktionen der Bürgermeister auf unser Eckdatenpapier.

Auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises möchte ich an dieser Stelle für ihre Arbeit danken, insbesondere denen, die unter Zeitdruck den Haushaltsplan aufgestellt haben, allen voran Kreisdirektor und Kämmerer Dr. Stefan Funke sowie dem Team der Kämmerei und ihrer Amtsleiterin Ulrike Kleier. Der Entwurf für den Haushaltsplan war auch in diesem Jahr wieder ein Kraftakt! Respekt!

Ich wünsche Ihnen und uns in den kommenden Wochen konstruktive und erfolgreiche Haushaltsberatungen!